

Vormarsch des Faschismus in Deutschland Was tun?

Weltweiter Vormarsch des Faschismus

Ist die liberale Demokratie eine überkommene Herrschaftsform?

**Infragestellung der Menschenrechte am Beispiel der
Abschaffung des Asylrechts für die Festung EU-Europa vor dem
Hintergrund von Kapitalismus und Kolonialismus**

Was hat der Antisemitismus mit der Kapitalverwertung zu tun?

Obwohl der Kapitalismus *grundsätzlich* krisenhaft ist, haben wir in den letzten Jahrzehnten eine besondere Krisensituation. Im Fortgang der kapitalistischen Entwicklung wird der kapitalistischen Produktionsweise ihr eigener Produktivitätszuwachs zunehmend zum Verhängnis. Krisen bis hin zu Weltwirtschaftskrisen sind die Folge. Die wachsende Produktivität in den kapitalistischen Zentren führt tendenziell zur Überproduktion, die die grundsätzliche Krise des Kapitalismus ist. Sie ist eine Krise der Reproduktion und profitablen Verwertung des Kapitals. In den produzierten Waren steckt immer weniger lebendige Arbeit, von der sich die Kapitalist*innen den Mehrwert abzweigen, um ihn sich als Profit anzueignen. Daher muss die Masse der Waren ständig gesteigert werden. Da der Mehrwert sich aber nur im Tausch realisieren lässt, lässt eine mit der gesteigerten Produktivität zusammenhängende hemmungslose Überproduktion den Berg derjenigen Waren wachsen, die niemand mehr braucht oder niemand mehr bezahlen kann. Andererseits braucht das Kapital weltweit gar nicht alle Menschen, die Lohnarbeiten können, um Profite zu machen. Dauerhaft ist Vollbeschäftigung im Kapitalismus nicht möglich. Die Umsetzung der Forderung nach mehr Arbeitsplätzen führte in den letzten Jahren zu Lohnarbeit mit Niedriglöhnen, bei denen keine relevanten Beiträge zur Sozialversicherung herauskommen. Im Gegenteil, teilweise subventioniert der Staat diese Form der Arbeit noch. Sie bedeutet Armut für die Lohnabhängigen und höhere Profite für das Kapital.

Der Aufschwung, der in den kapitalistischen Zentren zunächst noch den Aufbau sozialer Sicherungssysteme und eine relative Teilhabe der Lohnabhängigen am gesellschaftlichen Reichtum ermöglicht hatte, endete spätestens in den 1980er Jahren. Der Fordismus wurde vom Neoliberalismus abgelöst, also durch eine Form des Kapitalismus, in der das Kapital die Profitmaximierung ohne Rücksicht auf Integrationsmechanismen vorantreiben kann und soll. Es folgte in den nächsten Jahrzehnten ein Angriff auf Löhne und Versicherungsleistungen der Lohnabhängigen bis hin zum sozialen Terror in unterschiedlicher Intensität in den kapitalistischen Zentren. Da, wo die erkämpften Strukturen der Arbeiter*innen zerschlagen wurden wie in Großbritannien unter Margaret Thatcher, vollzogen sich die Umstrukturierungsprozesse schneller.

Der Zusammenbruch der Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW-Staaten) mit ihren bürokratischen Kommandowirtschaften in den Jahren 1989 bis 1991, einschließlich der DDR und der Sowjetunion, ermöglichte die Ausplünderung dieses davor »realsozialistischen« Wirtschaftsraums durch die kapitalistischen Zentren. Insbesondere den führenden Mächten EU-Europas, Deutschland und Frankreich, brachte das neue Verwertungsmöglichkeiten. Die Übernahme der Märkte Osteuropas half, die tendenzielle Überproduktionskrise der kapitalistischen Zentren abzumildern. Doch die Möglichkeiten, die Überproduktion dorthin zu exportieren, haben sich erschöpft.

Mit sogenannten Sparmaßnahmen haben die Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte den Klassenkampf von oben vollstreckt. Vor allem die SPD-Grüne-Regierung (1998 – 2005) hat mit der Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme unter dem Namen »Agenda 2010«, mit den Hartz-Gesetzen, mit der Enthemmung der Leiharbeit und indem sie die Entstehung eines ausgedehnten Niedriglohnsektors forcierten Sozialterror verbreitet. Gleichzeitig wurde das Kapital steuerlich stark entlastet.

Mit der Politik der tendenziellen Zerschlagung der sozialen Sicherung konnten die Herrschenden die Lohnstückkosten in der BRD zwischen 2000 und 2007 zeitweise deutlich nach unten drücken. Die Fügsamkeit der deutschen Gewerkschaften trug das ihre dazu bei, indem sie zum Wohl des deutschen Kapitals die »Lohnzurückhaltung« der Lohnabhängigen organisierten. Im sogenannten Standortinteresse kungeln sie mit dem Kapital, wobei jeder »sozialpartnerschaftliche« Anstrich inzwischen verblasst ist. So ließen die Gewerkschaften es geschehen, dass heute in der BRD fast ein Viertel der Lohnabhängigen für Niedriglöhne arbeiten. Da immer weniger Lohnabhängige Löhne mit Tarifverträgen haben¹, vertreten die Gewerkschaften heute weniger als die Hälfte der Lohnabhängigen. 2022 galten nur noch für 41 Prozent der Lohnabhängigen Tarifverträge.² Nur knapp die Hälfte der Beschäftigten arbeitet in Betrieben, in denen es Betriebsräte gibt.³ 2017 gab es bereits nur noch insgesamt in 9 Prozent der Betriebe Betriebsräte.⁴

Die weltweite Überproduktionskrise des Kapitalismus, die 2007 mit der Finanzkrise wieder einen Kipppunkt hatte, dauert an. Nach einem starken Einbruch der weltweiten kapitalistischen Produktion steht jetzt die Krise der Staatsfinanzen auf der Tagesordnung, insbesondere in den Ländern der kapitalistischen Zentren EU-Europa, Japan und allen voran der USA. Der gemeinsame Einsatz der Staatsfinanzen in den kapitalistischen Zentren war wesentlich, um zu verhindern, dass die kapitalistische Weltwirtschaft durch die Pleite systemrelevanter Banken zusammenbricht.

Die ökonomische Krise in der BRD wurde »überwunden«, indem die soziale Spaltung vertieft wurde. Die »Rettungspakete« für Banken und Konzerne bedeuteten eine horrende zusätzliche Verschuldung des Staates. Mit der Methode der »Schuldenbremse« als Verfassungsziel wird sie in ein dauerhaftes Verarmungsprogramm für die mittlere und untere Mittelschicht, für Proletariat und Subproletariat verwandelt. Gleichzeitig wird ein großer Teil des Elends an die Ränder des kapitalistischen Zentrums EU-Europa und in die Peripherie des Kapitalismus verlagert. Aufgrund einer relativ hohen Produktivität bei relativ niedrigen Löhnen und daher relativ niedrigen Lohnstückkosten werden andere Länder niederkonkurriert und zu Absatzmärkten für deutsche Produkte.

Der Fortschritt der Produktivkräfte brachte seit den 1970er Jahren die Zersplitterung der Arbeiter*innenklasse und ihre teilweise Verdrängung aus der Fabrik. Die klassische Facharbeiter*innenschaft in den Fabriken verlor zunehmend ihre Bedeutung für organisierte Arbeitskämpfe. Lohnabhängige erlebten ihre soziale Lage immer weniger als eine gemein-

same. Dass der Arbeitsprozess in den Zentren nicht mehr durchgängig fabrikmäßig organisiert ist, führte auch zur Zersplitterung des Bewusstseins der Angehörigen der Arbeiter*innenklasse und materiell zu einer immer stärkeren Schichtung dieser Klasse. So wurde die Arbeiter*innenklasse entpolitisiert und im subjektiven Bewusstsein zerstört.

Weil es keine relevanten Kämpfe der Lohnabhängigen und ihrer Vertretung, der Gewerkschaften, gab, fehlte für mehrere Generationen die Möglichkeit, gemeinsame Stärke und Solidarität zu lernen.

Die Folge eines durch die soziale Spaltung veränderten Denkens ist die Zunahme der sozialen Kälte. Gerade diejenigen, die objektiv wenig zu befürchten haben, weil sie zu den Gewinner*innen der zunehmenden Spaltung gehören, fühlen sich durch die wachsende Zahl der Armen in ihrem relativen Wohlstand besonders bedroht. Die Langzeitstudie »Deutsche Zustände« von Wilhelm Heitmeyer von der Universität Bielefeld belegte die Polarisierung zwischen Armen und Reichen. Die schrumpfende Mitte und eine steigende Zahl von Abstiegen unter den Angehörigen der sogenannten Mittelschicht bringt eine Brutalisierung der Haltung der Stärkeren den Schwächeren gegenüber mit sich: »Aggressionen gegen die Schwächsten und ihre Ausgrenzung wachsen. Die sich von der Weltwirtschaftskrise bedroht fühlende Mittelschicht antwortet im Allgemeinen nicht mit Solidarität und dem Wunsch nach mehr sozialer Gleichheit auf den sozialen Absturz anderer.« (Jutta Dittfurth) Heitmeyer konstatierte eine »rohe Bürgerlichkeit«, bei der sich zivilisierte, tolerante und differenzierte Einstellungen, die in höheren Einkommensgruppen einmal anzutreffen waren, in unzivilisierte, intolerante, verrohte Einstellungen verwandeln. Dies Begleiterscheinungen eines rabiaten Klassenkampfes von oben, in dem den Verlierer*innen noch die Schuld an ihrem Elend um den Hals gehängt wird.

Die drei sich überlagernden Krisen Corona-Pandemie, die Klimakatastrophe und die mit dem Krieg in der Ukraine zusammenhängende Energiekrise verstärken die im Kapitalismus strukturell angelegte Krise. Viele Menschen leiden nach wie vor stark unter den Folgen der Pandemie, haben ihren Arbeitsplatz verloren. Menschen, deren freie Tätigkeiten zum Beispiel im Journalismus und in der Kultur vom ideellen Gesamtkapitalisten nicht als systemrelevant anerkannt werden, bekamen keine oder keine ausreichende Unterstützung zur Überbrückung der Corona-Zeit, in der sie keine Einkünfte hatten.

Die Aufnahme von Geflüchteten wird nach 2015 seit 2022 von Vielen wieder verstärkt als »Krise« wahrgenommen, auch weil die Kommunen die Integration der Geflüchteten nicht schnell genug umsetzten oder blockierten.

Die Kosten für einen klimaverträglichen Umbau der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion wälzt das Kapital, das für die Schäden verantwortlich ist, mit Hilfe des ideellen Gesamtkapitalisten, des Staates, soweit wie möglich auf die Lohnabhängigen ab. Die durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine enorm gestiegenen Energiepreise treiben die Verarmung von Teilen der Bevölkerung noch schneller voran. Der Import von billigem Pipelinegas aus Russland, das in EU-Europa auf Kosten des Klimas zur gesellschaftlichen Integration der Mittelschicht und der unteren Schichten beigetragen hat, und den kapitalistischen Verwertungsprozess profitabel laufen ließ, fällt weg.

Zukunftsängste bestimmen das Leben der Klasse der Lohnabhängigen. Militarisierung und Aufrüstung verschlingen hunderte Milliarden Euro. Die explodierenden Energiepreise heizen die Inflation an, das Leben wird für viele Lohnabhängigen und Menschen, die bereits zuvor sozial abgehängt waren, unbezahlbar. Die Energiekrise ist Teil der sozialen Krise, weil sie

die materiellen Existenzen von Menschen bedroht. Die Energiekrise treibt auch die Mietpreise noch weiter in die Höhe. Die hohen Zinsen führen dazu, dass viel zu wenig neue Wohnungen gebaut werden. Viel mehr Wohnungen fallen aus ihrer Bindung als Sozialwohnungen heraus als neue Sozialwohnungen gebaut werden. Auch zwei oder drei Jobs reichen vielen Menschen nicht mehr aus, um ohne Hunger und Not leben zu können. Durch die jahrelange Zerschlagung von Teilen der sozialen Sicherungssysteme ist auch die Gesundheitsversorgung für die gesetzlich Versicherten ruiniert.

Immer mehr Menschen auch aus der Mittelschicht sind zum demütigenden Gang zu den sogenannten Tafeln gezwungen. Viele haben ihre Ressourcen, Rücklagen, die sie über Jahre für die Zukunft oder für das Alter gebildet haben, in kürzester Zeit aufgebraucht.

Die soziale und wirtschaftliche Krise in der BRD hat sich mit der Corona-Pandemie, dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und der Bedrohung durch die Klimakatastrophe verschlimmert. Damit es nicht zu Unruhen kommt, sollen die Lohnabhängigen und Marginalisierten noch stärker gespalten und entsolidarisiert werden. Die Verarmung vieler und die Abstiegsängste der Mittelschicht verschieben das gesellschaftliche Klima immer weiter nach rechts und machen Menschen anfällig für rechtsradikale und faschistische Bündnisse wie die verschwörungsideologischen Querfronten, die mit ihrem Irrationalismus leicht ins völkische und faschistische Lager einzugemeinden sind.

Kapitalismus trägt auch die Möglichkeit einer faschistischen Herrschaftsform in sich. Der Zwang der Profitmaximierung führt dazu, dass alle kapitalistische Rationalität dem irrationalen, letztlich selbsterstörerischen Selbstzweck, aus Geld mehr Geld zu machen, dient. Dabei geht der Kapitalismus über Leichen, je nach Krisensituation und Ausbeutungsort mal mehr, mal weniger. Das Auftreten der Neuen Rechten ist ein Zeichen für die Option, im Profitinteresse bürgerliche Freiheitsrechte und von den Lohnabhängigen erkämpfte soziale Errungenschaften mit faschistischen Mitteln zu beseitigen.

Ein Teil der vernachlässigten und durch jahrelangen sozialen Terror der Jobcenter zermürbten Unterschicht und unteren Mittelschicht sucht sich ein Ventil für seine Frustration, indem er nach Menschen sucht, gegen die er noch nach unten treten kann. Die von der gesellschaftlichen Teilhabe Abgehängten fühlen sich zurückgesetzt und denken, sie selbst würden nichts, die anderen, die von außen kommen, würden alles bekommen.

Im Osten Deutschlands spielt neben der Verarmung die kulturelle Entfremdung der Menschen, die ihrer DDR-Identifikation ersatzlos beraubt wurden, eine entscheidende Rolle. Die Errungenschaften aus der Zeit, in der sie in der DDR sozialisiert wurden, werden gesamtgesellschaftlich geringgeschätzt. Ihr soziokulturelles Milieu, das ihnen einen Zusammenhalt gab, wurde beim Übergang von der bürokratischen Kommandowirtschaft zum Kapitalismus zerschlagen, ihre Interessen nicht berücksichtigt. Die Infrastruktur wurde radikal verändert und nach Profitgesichtspunkten zugeschnitten. Viele, die arbeitsfähig und für das Kapital verwertbar sind, haben die Region verlassen.

Das Gefühl völlig abgehängt zu sein, lässt viele der ehemaligen DDR-Staatsbürger*innen zu wild gewordenen Kleinbürger*innen werden, von denen immer größere Teile mitmachen beim organisierten rassistischen Mob auf der Straße.

Auch im Ruhrgebiet spielt verletzter Stolz auf die in der Vergangenheit geleistete Arbeit eine große Rolle bei den dort stark vorhandenen rechten Tendenzen. Für das Gefühl einmal wichtig, mit der eigenen Arbeit das Fundament der Wirtschaft bzw. der Industrie gewesen zu

sein, hält der weiter entwickelte Kapitalismus keinen ideologischen Anschluss parat. Jetzt machen die Abgehängten die Erfahrung, dass sich niemand um sie kümmert. Sie fühlen sich von der Gesellschaft vernachlässigt und im Stich gelassen.

Die Bereicherung der herrschenden Klasse führt nicht nur zur Verarmung großer Teile der Lohnabhängigen, ein Teil wird aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung völlig ihrem Elend überlassen. Die Gleichgültigkeit großer Teile der bürgerlichen Mitte den Ärmsten gegenüber ist die neue soziale Kälte in der Gesellschaft.

In Deutschland führen die Rechten einen Kulturkampf um überkommene, für sie verloren gegangene reaktionäre Werte. Sie hetzen zum Beispiel gegen eine Gender gerechte Sprache, die ihnen ein Greuel ist. Sie ist eine der Errungenschaften emanzipatorischer Bewegungen gegen die Diskriminierung von Frauen und gegen die Manifestation der Bipolarität der Geschlechter, die so in der Natur nicht nachvollziehbar ist. Im Gegensatz zu Vielem, was durch die Außerparlamentarische Opposition und in ihrer Folge erkämpft wurde, aber bereits wieder verloren ist, hat sie ihre Wirkung erst spät entfaltet. Sie wird von fortschrittlicheren Bürgerlichen akzeptiert, weil sie mindestens von ihrer aktuellen Erscheinungsform her die Kapitalverwertung nicht direkt in Frage stellt. Antifeminismus und Transfeindlichkeit hingegen dienen der Verteidigung althergebrachter männlicher Vorrechte.

Der rechtskonservative CDU-Vorsitzende Friedrich Merz bedient und schürt die Ängste vieler Menschen vor einem vermeintlichen Kontrollverlust über ihr gewohntes Leben in eingefahrenen Bahnen. In diesem Zusammenhang steht auch die Stimmungsmache gegen das Heizungsgesetz der SPD/Grünen/FDP-Bundesregierung und das Festhalten an der fossilen Energiewirtschaft bis hin zum Leugnen der durch die kapitalistische Produktionsweise verursachten Klimakatastrophe. Die reale Bedrohung durch die Klimakatastrophe wirkt verstärkend auch in Hinsicht autoritärer Krisenlösungsstrategien. Andererseits erscheinen fortschrittliche Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe den Anhänger*innen rechter Ideen als einkommensgefährdend, weil sie das kapitalistische Wachstum als Grundlage für einen möglichen materiellen Aufstieg oder mindestens die materielle Absicherung scheinbar in Frage stellen.

Die »Mitte-Studie« 2022/2023 der Friedrich Ebert Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass Demokratie, ihre Grundprinzipien, Abläufe und Institutionen von einigen zunehmend mit Distanz betrachtet werden. Zahlenmäßig drückt sich das so aus: Jede*r Zwölfte in Deutschland hat ein rechtsradikales Weltbild. Die etwa 2000 Befragten wurden nach einem Zufallsprinzip unter allen in Deutschland in Privathaushalten lebenden Menschen ausgewählt, die zum Zeitpunkt der Befragung mindestens 18 Jahre alt waren und die entweder einen Festnetztelefonanschluss und/oder eine Mobiltelefonnummer haben. Der Anteil der Befragten der Mitte-Studie 2022/23 mit klar rechtsradikaler Orientierung ist gegenüber den Vorjahren von knapp 2 bis 3 % auf 8 % gesprungen. Dabei befürworteten jetzt über 6 % eine Diktatur mit einer einzigen starken Partei und einem Führer für Deutschland. Zwischen 2014 bis 2021 lagen die Werte dafür zwischen 2 und 3 %. Über 16 % glauben an eine nationale Überlegenheit Deutschlands und fordern »endlich wieder« Mut zu einem starken Nationalgefühl. Sie wollen eine Politik, deren oberstes Ziel es sein sollte, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm angeblich zusteht. Zwischen 2014 und 2021 waren nur 9 bis 13 % dieser Ansicht. Die Befragten vertreten im Durchschnitt mit 6 % auch vermehrt sozialdarwinistische Ansichten und stimmen zum Beispiel der Aussage »Es gibt wertvolles und unwertes Leben« voll und ganz zu. Die Zahl der Befragten mit sozialdarwinistischen Ansichten hat sich seit 2020/2021 verdoppelt. Die Befragten, die sich selbst ganz klar als rechts verorten, vertraten zu 12,5 % sozialdarwinistische Ansichten, bei denen, die sich

selbst ganz klar links verorten, waren es sogar fast 15 %. Auch der Graubereich zwischen Ablehnung und Zustimmung zu rechtsradikalen Einstellungen ist jeweils deutlich größer geworden. Die Zahl der Befragten, die sich selbst rechts der Mitte verorten ist sprunghaft von zuvor knapp 10 % auf 15,5 % gestiegen.⁵

Umfragen Mitte September 2023 zeigen, dass die AfD inzwischen in 4 Bundesländern die stärkste Partei ist, in Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern erzielte die AfD ihren bisher größten Erfolg in westlichen Bundesländern. In Hessen wurde die AfD mit 18,4 Prozent der Stimmen hinter der CDU (34,6 Prozent) die zweitstärkste Partei und erhält als Oppositionsführerin parlamentarische Privilegien.⁶ In Bayern kam sie mit 14,7 Prozent hinter der CSU (37,0 Prozent) und den mindestens zum Teil rechtsradikalen Freien Wählern (15,8 Prozent) auf den dritten Platz.⁷ Diese drei Parteien rechts der Mitte erhielten in Bayern zusammengerechnet 67,5 Prozent der Stimmen. Dazu kommt bei dem Rutsch nach rechts, dass die Linkspartei aus beiden Parlamenten herausgefallen bzw. nicht reingekommen ist.

Teil der Faschisierung in EU-Europa ist die schrittweise Etablierung der AfD in den Parlamenten. Insbesondere die CDU und die FDP treiben die Möglichkeit, mit der AfD zusammenzuarbeiten, voran. Die Abstimmung im Thüringer Landtag am 14. September 2023, in der die CDU gemeinsam mit FDP und AfD ein Gesetz zur Senkung der Grunderwerbsteuer gegen die Minderheitsregierung aus Linkspartei, SPD und Grünen durchsetzte, ist ein wesentlicher Schritt bürgerlicher Parteien dazu, eine faschistische Partei als Bündnispartnerin zu normalisieren. »In #Thüringen sehen wir das Bündnis enthemmter ›roher Bürgerlichkeit‹ mit Faschist*innen.«⁸

Die rohe Bürgerlichkeit zeigt sich auch in der faschistoiden Forderung des FPD-Vorsitzenden Christian Lindners nach der ökonomischen Verwertbarkeit von Migrant*innen, bei der Frage, ob sie ins Land kommen dürfen bei gleichzeitiger Abwertung der Geflüchteten, die als Verfolgte und Opfer des weltweiten Kapitalismus versuchen, mit ihrer Flucht in die kapitalistischen Zentren ihrem Elend zu entkommen.

In Deutschland gibt es zurzeit keine parlamentarische Orientierung gegen den Faschismus. Im Gegenteil, die Versuche, Kooperationen mit der faschistischen AfD zu normalisieren nehmen zu.

Schon zuvor feierte die AfD einschneidende Erfolge bei kommunalen Wahlen. Ende Juni gewann die AfD eine Landratswahl in Thüringen und eine Bürgermeister*innenwahl in Sachsen-Anhalt. Im Landkreis Sonneberg im Süden Thüringens wurde der AfD-Politiker Robert Sesselmann zum ersten Landrat der AfD gewählt. Anschließend gewann der AfD-Kandidat Hannes Loth bei der Bürgermeister*innenwahl in Raguhn-Jeßnitz (Sachsen-Anhalt).

In Nordhausen konnte die Wahl eines AfD-Bürgermeisters am 24. September 2023 nur deswegen knapp verhindert werden, weil die zivile Gesellschaft mit ihrem Bündnis »Nordhausen Zusammen« im letzten Moment eine Kampagne für die Wahl des parteilosen Kandidaten Kai Buchmann gemacht hat.⁹

Die Partei kommt derzeit in Umfragen nicht nur in Thüringen, sondern auch in Sachsen und Brandenburg auf Werte von mehr als 30 Prozent – in den drei Bundesländern sind 2024 Landtagswahlen.

Seit der Gründung der Bundesrepublik wurde schon der Boden bereitet für die Möglichkeit der Herrschenden, wieder in den Faschismus übergehen zu können, weil keine Entnazifizierung stattgefunden hat. So konnten Faschist*innen wesentliche Institutionen der BRD unter einem demokratischem Deckmantel mit aufbauen und mindestens Teile ihrer menschenfeindlichen Ideologie darin verankern. Die APO hat die Entnazifizierung im Bewusstsein vieler nachgeholt. Gleichzeitig wurde die bürgerliche Demokratie in Deutschland erstmals einschneidend durch die Verabschiedung der Notstandsgesetze beschädigt. Nach dem Niedergang der APO bekam die Faschisierung der Gesellschaft wieder einen größeren Spielraum.

Auch darauf aufbauend gewinnen heute Rechtsradikale zunehmend Einfluss in der Polizei und der Justiz. Heute kann eine faschistische Partei wieder offen auftreten, auch wenn die AfD sich noch nicht alles erlauben kann. Eine Forderung nach Abschaffung der Wahlen zum Beispiel kann noch nicht öffentlich ausgesprochen werden.

Immer mehr Menschen in den kapitalistischen Zentren sehen aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen fehlenden ökonomischen Perspektive zurzeit in der Wahl faschistischer Parteien eine politische Option für sich. Angesichts der permanenten Krise sind die Parteien, die für den Klassenkompromiss standen, nicht mehr glaubwürdig. Sie werden in vielen Ländern der kapitalistischen Zentren abgelöst, zunächst durch rechtspopulistische und im weiteren Verlauf von offen faschistischen Parteien.

Die Faschist*innen stehen dafür die verschärfte Ausbeutung Anderer für ihre Anhänger*innen zu organisieren. Zumindest haben ihre Anhänger*innen die Hoffnung, davon zu profitieren. Ein jahrzehntelang im kapitalistischen Konkurrenz- und Leistungsdenken aufgebauter Egoismus, Rücksichtslosigkeit und Entsolidarisierung stellen die Rahmenbedingungen dar beim Rutsch nach rechts. Migrant*innen als Menschen zweiter Klasse und die Ausbeutung der Menschen in anderen Ländern gehören zum faschistischen Programm.

Jutta Ditfurth: »In seiner Musterrede ›Was der Agitator meint‹ lässt [Leo Löwenthal, Mitbegründer der Kritischen Theorie,] den Agitator [...] sagen: ›Meine Freunde, wir leben in einer Welt der Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Wer immer glaubt, daß dieser Zustand sich je ändern wird, je geändert werden könnte, ist ein Narr oder Lügner. [...] Anstatt mit den Unterdrückten und Leidenden gemeinsame Sache zu machen, schließt euch mir an‹, dann verbündet ihr euch ›mit Kraft, Stärke und Macht‹. [...] Ich biete euch, sagt der faschistische Agitator, keine ›Utopie, sondern einen realistischen Kampf um den Knochen im Maul des anderen Hundes; das ist unser Programm. Nicht Frieden, sondern ständiger Kampf ums Überleben. Nicht Überfluß, aber den Löwenanteil! Könnt ihr, wenn ihr realistisch seid, mehr erwarten? [...] Ich werde für euch denken und euch sagen, was zu tun ist. In meiner Führerrolle werde ich euch euer Leben vorleben, und ich werde euer Beschützer sein. In der Hölle meiner Erbarmungslosigkeit winkt euch ein trautes Heim.«¹⁰

Deutschsein aufgrund der Geburt ist ein identitätsstiftendes Merkmal, das einem oder einer vermeintlich nicht genommen werden kann und stellt für viele Menschen daher einen Anker dar, der Sicherheit verspricht. Das bildet eine der Grundlagen eines nationalistischen Selbstbewusstseins.

Im Zuge der ökonomischen Erfolge autoritärer Regime in der innerimperialistischen Konkurrenz, insbesondere des aufstrebenden Hauptkonkurrenten, der Volksrepublik China, wollen letztlich alle Bundestagsparteien den Weg in den autoritären Staat. Darin sind sie sich aus unterschiedlichen Gründen einig. Die Grünen hoffen auf eine höhere Durchsetzungsfä-

higkeit des Staates. Die Parteien stimmen bei der Verschärfung der legalen Repressionsmöglichkeiten gegen die Bevölkerung überein. Gemeinsam verschärfen sie die Polizei- und Versammlungsgesetze immer weiter und schränken die Versammlungsfreiheit zunehmend ein. Der Block der bürgerlichen Parteien schreitet sehenden Auges in die Entwicklung vom autoritären Staat und über den Polizeistaat auf Abruf bis hinein in den Faschismus.

Ziel des Staates ist es, durch Repression und Überwachung, ein Drohpotenzial aufzubauen, um Widerspruch schon im Ansatz nicht aufkommen zu lassen, soziale Revolten und Aufstände frühzeitig zu erkennen und zu zerschlagen. Soziale Bewegungen und Klassenkampf von unten gegen Ausbeutung, Armut und Naturzerstörung sollen durch die präventive Aufstandsbekämpfung insbesondere im Hinblick auf die nicht mehr aufhaltbare Klimakatastrophe verhindert, durch Kriminalisierung ins Abseits gedrängt werden oder ganz zerschlagen werden.

Die sozialen Bewegungen werden auch vom ideellen Gesamtkapitalisten, dem Staat bekämpft, wegen ihrer Wachstumskritik, die sich eigentlich aus den Forderungen der sozialen Bewegungen ergeben, die sie selbst aber noch nicht einmal richtig ausformulieren. Wenn mensch den Forderungskatalog der sozialen Bewegungen ernst nimmt, dann stellt ihre implizite Wachstumskritik die kapitalistische Verwertungslogik und damit die Grundlage der gesellschaftlichen Vermögensordnung in Frage. Außerdem könnte durch eine erfolgreiche Kritik an der fossilen Wirtschaft bedeutenden Konzernen ein wesentlicher Teil der Grundlage ihrer Kapitalverwertung verloren gehen bzw. entzogen werden.

Fluchtbewegungen ins kapitalistische Zentrum EU-Europa hinein wollen die Herrschenden im Keim ersticken. Die bürgerliche Demokratie als Idee, Interessenkonflikte zwischen Kapital und Arbeit auszutarieren, hat zunehmend ausgedient. Der Vormarsch des Faschismus ist in den letzten Jahren in verschiedenen Stufen erfolgt und geht weiter.

Ist es eigentlich noch gerechtfertigt in Deutschland von einer liberalen Demokratie zu sprechen?

Zunutze machen sich diese Entwicklung die verschiedenen faschistischen Ansätze, um die von ihren Abstiegsängsten geplagten Angehörigen der mittleren und unteren Mittelschicht und der Unterschicht für sich zu gewinnen.

Die Partei Der III. Weg steht für die offene faschistische Organisierung auf der Straße. Sie will die Organisierung von Nazis bundesweit übernehmen.

Die AfD ist die zurzeit mit Abstand stärkste parlamentarische faschistische Kraft. Sarah Wagenknecht und ihre Anhänger*innen stehen für eine nationale soziale Orientierung. Sie bedienen auf verschiedenen Ebenen rechtes Gedankengut. So kritisiert Wagenknecht zum Beispiel das Bürgergeld und fordert einen Arbeitszwang für arbeitslose Jugendliche. Mit der Strategie der Querfront suchen sie mindestens partiell das Bündnis mit Faschist*innen, um machtvoller zu sein. In ihrer aggressiven nationalistischen Ausrichtung haben sie eine weitgehende Übereinstimmung mit den Faschist*innen.

»Querfront ist eine rechtsextreme Bündnisstrategie, bei der versucht wird, ideologische oder programmatische oder personelle Andockstellen zu linken oder alternativen oder auch linksbürgerlichen Milieus zu finden, um das völkische oder faschistische Lager zu vergrößern. Üblicherweise ist das Bindeglied eine positive nationale bzw. völkische Identität«¹¹, so Jutta Ditfurth. Dabei helfen bzw. halfen ihnen nationale Linke wie die Querfrontfraktion in der Linkspartei, der Gruppe um Sarah Wagenknecht. Die Querfront nationaler Linker mit rechten

Ideolog*innen knüpft an das verstellte Bewusstsein der Lohnabhängigen an und bedient es, indem sie den Bezug zur Klasse und das Potenzial für politisches Bewusstsein durch völkisches Denken ersetzt. In manchen Strömungen spielt auch die Prägung durch den Stalinismus eine Rolle. Er führte dazu, dass in Teilen der Arbeiter*innenbewegung die internationalistische Orientierung zu Gunsten des Kampfes um »den Sozialismus in einem Land« aufgegeben wurde.

Die Querfront im Zusammenhang mit der sozialen Frage ist immer auch anschlussfähig an den Antisemitismus. Dies geschieht, indem der grundlegende Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ausgeblendet wird und die sogenannte Spekulation von der Kapitalverwertung künstlich getrennt wird. Antisemitische Stereotypen eignen sich für die kapitalismuskonforme Teilkritik an bestimmten Erscheinungsformen des Kapitalismus.

Das klassische antisemitische Stereotyp vom angeblich guten (nationalen) produktiven Kapital und dem angeblich schlechten (internationalen) raffenden, jüdischen Finanzkapital ist in der Mitte des Bürger*innentums fest verankert.

Ohne politökonomische Analyse bleibt der Kapitalismus undurchschaubar. Ausgangspunkt ist der Doppelcharakter der Ware, der darin besteht, dass die Ware gleichzeitig Gebrauchswert und Tauschwert hat. Während der Gebrauchswert der Ware konkret und nachvollziehbar ist, ist der Tauschwert eine universelle abstrakte Größe, in welcher der Mehrwert und damit die Ausbeutung versteckt ist. In der besonderen Ware Geld nimmt der Wert eine universelle Form an, denn Geld als Ware kann gegen jede andere Ware getauscht werden.

Dass jüdische Menschen in vielen Teilen der Welt als emigrierte Minderheiten leben, erleichtert im verengten Weltbild der Antisemit*innen die Unterstellung, sie würden weltweit verschwörerisch agieren. Der Tauschwert wird von Antisemit*innen als raffendes Kapital, als angeblich jüdisches Kapital gesehen. Damit wird das alte antisemitische Stereotyp bedient, nachdem Jüd*innen auf Kosten der Mehrheitsgesellschaft leben.¹² Demgegenüber stellen die Antisemit*innen in ihrem Verständnis des Kapitalismus den angeblich produktiven Teil des Kapitals, von dem der Gebrauchswert der Waren erzeugt wird. Diese Reduzierung des Kapitalismus auf den Tauschwert durch die politische Rechte ist nichts anderes als die Akzeptanz der kapitalistischen Verwertungsbedingungen. Kritisiert werden, noch dazu auf verschwörungsideologischer Basis, allenfalls einzelne Aspekte des Kapitalismus. Die Reduzierung des Kapitalismus auf den Tauschwert, auf das unbegriffene »internationale Finanzkapital« führt zu einem konstruierten »internationalen Judentum« und das antisemitische Stereotyp der »jüdischen Weltverschwörung« hat seine ätzende Rechtfertigung gefunden.

Karl Marx zeigte im 3. Band des Kapitals, wie sich die Mystifikation des Zinses auflösen lässt, wenn seine Funktion im Kapitalismus politökonomisch analysiert wird. Gleichzeitig erklärte er, worauf die Verschleierung der wirklichen Verhältnisse beruht. Der Zins für einen Kredit ist im Kapitalismus nichts anderes als ein Ergebnis der Aufteilung des Profits in einen Teil für das geldgebende Kapital und einen Teil für das Kapital, das mit dem geliehenen Geld von den Lohnabhängigen den Mehrwert produzieren lässt: »[...] der Zins [ist] ein Teil des Profits, der [...] vom industriellen Kapitalisten an den Geldkapitalisten zu zahlen ist [...].«¹³

Warum sich Lohnabhängige mit dem sogenannten schaffenden Kapital gegen das sogenannte raffende Kapital gemein machen können, was eine der Voraussetzungen antisemitischer Stereotypen bis heute ist, erklärt Marx u. a. mit diesen Worten: »Da der entfremdete Charakter des Kapitals, sein Gegensatz zur Arbeit, jenseits des wirklichen

Exploitationsprozesses [d. h. des Ausbeutungsprozesses] verlegt wird, nämlich ins zinstragende Kapital, so erscheint dieser Exploitationsprozeß selbst als ein bloßer Arbeitsprozeß, wo der fungierende Kapitalist nur andre Arbeit verrichtet als der Arbeiter. So daß die Arbeit des Exploitierens und die exploitierte Arbeit, beide als Arbeit, identisch sind.« Marx beantwortet diese verkehrte Sicht mit Ironie: »Die Arbeit des Exploitierens ist ebensogut Arbeit, wie die Arbeit, die exploitiert wird.«¹⁴

Die Logik der antisemitischen Unterscheidung in produktives und parasitäres Kapital ist auch deswegen prokapitalistisch, weil in der Unterscheidung in schaffendes und raffendes Kapital der Leistungsgedanke mittransportiert wird: Nur wer arbeitet, darf auch essen. Die Akzeptanz dieses Gedankens ist ein wesentliches Element bei der Unterwerfung der Lohnabhängigen unter das Diktat des Kapitals.

Ähnlich wie bei der Mystifikation des Zinses verhält es sich bei der Fixierung auf das Geld als dem Übel, das im Antisemitismus wieder mit den Jüd*innen als den angeblichen Träger*innen des Geldes assoziiert wird. Bewusst oder unbewusst blenden Antisemit*innen aus, dass Geld nur eine besondere, universelle, mit allem anderen austauschbare Ware ist und damit für das Funktionieren des Tausches auf höherer Stufe unabdingbar. Denn im komplexen Zusammenspiel der verschiedenen Akteur*innen in der kapitalistischen Wirtschaft ist es unmöglich, dass produzierte Ware gegen produzierte Ware direkt getauscht wird. Diese verkürzte Sicht auf das Geld als dem eigentlichen Übel verstellt den Blick darauf, dass es der Tausch von Waren ist, durch den der vom Kapital den Lohnabhängigen entzogene Mehrwert realisiert wird und die Ausbeutung daher in den produzierten Waren und nicht im Geld steckt. Zum anderen verhindert diese Unfähigkeit, sich eine Gesellschaft vorstellen zu können, in der die solidarischen Wirtschaftsbeziehungen ohne Tausch auskommen, weil freiwillig genug für alle produziert und zur Verfügung gestellt wird.

In Zeiten der wirtschaftlichen Krise, in der die kapitalistischen Verhältnisse noch undurchschaubarer erscheinen als sonst, steigt die Tendenz zum Antisemitismus. Schon in der ersten großen Überproduktionskrise des beginnenden industriellen Kapitalismus 1815 wurden ältere judenfeindliche Denkmotive zu einem antijüdischen Weltbild mit umfassenden verschwörungsideologischen Erklärungsmustern.¹⁵

Ende des 19. Jahrhunderts wird die durch die Tendenz zur Überproduktion bedingte Krisenhaftigkeit des Kapitalismus durch die rasche industrielle Entwicklung besonders deutlich. In der gleichen Zeit breitet sich der Antisemitismus weiter aus. Er nimmt eine Form an, in der die Jüd*innen nicht mehr allein als Träger*innen des Geldes denunziert werden, sondern zudem für die ökonomischen Krisen und Umstrukturierungen und Umbrüche verantwortlich gemacht werden, wie früher für die Pest.¹⁶

Die Bankenkrise 2007/2008 verstärkte den Antisemitismus, weil sie der antisemitischen Vorstellung von einem angeblich guten Kapital und einem angeblich schlechten Kapital, die gegeneinander stehen, in die Hände spielte.

Antisemitische Synonyme für »die Juden« und die »jüdische Weltverschwörung« sind u. a. das sogenannte »internationale Finanzkapital« als Gleichsetzung mit dem internationalen Judentum oder die »internationale Finanzoligarchie« oder speziell die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (FED), die in der antisemitischen Lesart für alle Kriege und Krisen verantwortlich sein soll. Auch »Ostküste« und »Rothschild« sind antisemitische Codes in diesem Zusammenhang.

Im Jahr 2014 explodierte der Antisemitismus, der Irrationalismus wie ein Auftakt, wie eine ideologische Vorbereitung auf die neue Explosion des Antisemitismus in Deutschland 2023 und weltweit nach dem Terror, dem Massaker der mörderischen, schwerreichen islamistisch-faschistischen Terrorbande Hamas an der Seite des iranischen Mullah-Regimes am 7.10.2023 in Israel. Im April 2014 startete die erste Querfront, die Montagsmahnwachen für den Frieden. Von Nazis, dem Rechtsaußen und Antsemiten Jürgen Elsässer bis zu Diether Dehm und anderen Querfrontlern aus der Linkspartei. Im Sommer 2014 verbanden sich christliche, traditionslinke und muslimische vermeintliche Friedensbewegte zum nächsten parallelen antisemitischen Projekt. Sie führten antiisraelische Pro-Gaza-Demos in vielen Städten mit heftigen Gewaltausbrüchen gegen Jüd*innen durch. Es folgte die Querfront des Friedenswinter 2014, die im Frühling scheiterte, ein Projekt unter breiterer Beteiligung aus der Linkspartei, einschließlich Sarah Wagenknecht. (Details siehe in »Haltung und Widerstand« von Jutta Ditfurth, S. 130ff.)

Die Vertreter*innen der neuesten Form des Antisemitismus, des antizionistischen Antisemitismus, geben sich gern einen linken Anstrich. Ihnen dient der Nahostkonflikt als Verstärker und als Projektionsfläche und ihr Anliegen ist angeblich nichts als die Solidarität mit den Palästinenser*innen. Dieser »links« gewendete Antisemitismus verneint das Existenzrecht Israels und bestreitet die Notwendigkeit eines garantierten Schutzraums für Jüd*innen. Mit der aus emanzipatorischer linker Sicht notwendigen Kritik an konkreten politischen Entscheidungen und Handlungen von israelischen Regierungen hat das nichts zu tun. Die Behauptung, jede Kritik an Israel würde sich automatisch den Vorwurf des Antisemitismus einhandeln, ist selbst ein antisemitisches Stereotyp, das angesichts der veröffentlichten Vielzahl kritischer Einschätzungen israelischer Politik jeder Grundlage entbehrt. Moishe Postone begründet die Existenz des Zionismus und das Existenzrecht Israels folgendermaßen: »Zionismus wurde als nationalistische Antwort für viele Juden überzeugend, nachdem sie erfahren hatten, wie die Projektion einer jüdischen Weltverschwörung in ihr Gegenteil umschlug: eine Weltverschwörung *gegen* die Juden.«¹⁷ [Hervorhebung d. A.]

Der Antisemitismus hat in EU-Europa in seiner klassischen Form zugenommen und es wird immer deutlicher, dass auch die Form des antizionistischen Antisemitismus, das heißt die Infragestellung des Existenzrechts Israels, bereits stärker eingesickert ist als zunächst vermutet. Das geht so weit, dass der Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 auf die israelische Zivilbevölkerung, der ein Massaker mit eliminatorisch antisemitischem Charakter war, auf Demonstrationen im kapitalistischen Zentrum EU-Europa bejubelt wurde.

Generell führt die aktuelle Krise des Kapitalismus dazu, dass gewohnte Routinen des gesellschaftlichen Lebens in Frage gestellt werden. Viele erleben das als Kontrollverlust und entwickeln einen starken Wunsch nach Wiederherstellung einer vermeintlich alten und bewährten Ordnung im Sinne: »Wir holen unser Land zurück«.

»Heimat« ist ein in weiten Teilen der Bevölkerung emotional positiv besetzter Begriff. Dieser speziell deutsche Begriff bekam in der Romantik im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert die Bedeutung eines reaktionären Gefühls der Verbundenheit mit dem eigenen Lebensraum. Ein deutscher Nationalstaat war materiell noch nicht in Sicht, aber mit der Förderung eines Gefühls der Verbundenheit und Zusammengehörigkeit zwischen Herrschenden und Beherrschten sollte eine ideologische Grundlage für eine zukünftige deutsche Nation geschaffen werden.

»Heimat« ist heute für Viele, wo sie herkommen, sich wohlfühlen, wo sie sich verstanden und zugehörig fühlen. Für die Rechten bietet der Begriff ein Anschlusspotenzial für ihre kruden

Ideologien der angeblichen Erdverbundenheit und kulturellen Verwurzelung der Menschen mit ihrer Herkunftsregion.

Die »Liebe zur Heimat« in diesem Sinn macht auch vor bürgerlichen Teilen der Gesellschaft und Teilen der Linken, die sich national orientieren, nicht halt. Verwurzelung wird gegen »Heimatlosigkeit« und »Wurzellostigkeit« gesetzt. Es handelt sich um einen groß angelegten Angriff auf den Kosmopolitismus, der den Anspruch auf die Geltung universeller Menschenrechte als Basis hat. Damit verbunden ist auch das antisemitische Stereotyp der angeblich heimatlosen Jüd*innen. Der Angriff auf weltoffene Menschen dient hier als Code für das, was (noch) nicht wieder offen ausgesprochen werden darf. Doch auch daran arbeiten die Rechten intensiv, sie diskreditieren die politische Korrektheit und fordern, auch noch so menschenfeindliche Meinungen müssten zugelassen und angehört werden.

»Heimat« wird in rechten Kreisen gleichbedeutend mit dem im NS-Faschismus verwendeten Begriff der Volksgemeinschaft benutzt. Kapital und Lohnarbeiter*innen sollen gemeinsam für die »Heimat« bzw. die Nation arbeiten. Klassenbewusstsein wird durch völkisches Denken ersetzt.

Hier setzt auch die sogenannte Elitenkritik der Rechten an. Sie kritisieren eine sogenannte Elite, die mit universellen Werten die angebliche »Heimatverbundenheit« des mittelständischen, nationalgebundenen Kapitals und der Lohnabhängigen untergrabe und sich von ihnen entferne. Sie stellen sich selbst dagegen als Vertreter*innen einer reaktionären Elite aus einer Zeit dar, bei der Herrschende, zu denen sie sich selbst zählen, und Beherrschte noch in Harmonie zusammenwirkten, die verlorengegangen sei und wiedergewonnen werden müsse.

Viele Menschen sehen sich durch kosmopolitische, das heißt weltoffene, aufgeklärte an universellen Werten, also an allen sozialen und demokratischen Menschenrechte orientierte Menschen und Entwicklungen bedroht. Im rechten Feindbild sind Kosmopolit*innen Menschen, die überall zu Hause sein können. Die, die sich selbst an einen Ort gebunden fühlen, haben Angst ihre althergebrachten Privilegien zu verlieren.

Wenn zum Beispiel patriarchal-kapitalistische Herrschaftsstrukturen in Frage gestellt werden, können Männer tendenziell weniger von der verschärften Ausbeutung von Frauen profitieren. Die von der Frauenbewegung erkämpfte bürgerlich-rechtliche formale Gleichstellung von Frauen stellt Vorteile in Frage, die Männer allein aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit genießen konnten.

Auch Menschen mit tradierter heterosexueller Lebensweise geraten unter Druck. Sie befürchten ihre Vorzugsbehandlung zu verlieren, weil Lebensentwürfe, die von der heterosexuellen Normierung abweichen, gesellschaftlich an Akzeptanz gewinnen. Sie werden anfällig für homophobe Ideologien.

Der Rassismus gründet u. a. im Anspruch auf die Vorzüge, die eine auf dem Imperialismus der kapitalistischen Zentren beruhende Lebensweise bietet. In rechten Ideologien werden Menschen entsprechend ihrer Herkunft unterschiedlich bewertet und die soziale Gleichheit der Menschen abgelehnt. Dies dient den Rechten auch dazu, die verschärfte Ausbeutung der aus der (Volks)Gemeinschaft ausgeschlossenen »Anderen« gesellschaftlich zu rechtfertigen. Damit erzeugen sie vermeintlich einen Schutzraum für die durch den jahrhundertlangen Kolonialismus und Imperialismus bedingten Vorteile der Bevölkerung in den kapitalistischen Zentren.

Während auf der Straße eine rassistische Bürger*innenmobilisierung sich Räume schafft, herrscht in den Repressionsapparaten eine sicherheitspolitische Logik der präventiven Aufstandsbekämpfung. Durch die wachsenden staatlichen Überwachungsmöglichkeiten und -maßnahmen wird das Recht auf Privatsphäre grundsätzlich aufgehoben.

Indem in Frage gestellt wird, dass die Freiheit des Individuums, die Würde des Menschen, die Grund- und Menschenrechte über dem Staat stehen, wird die liberale Demokratie außer Kraft gesetzt.

Der Kapitalismus selbst ist die Krise und weil die klügeren Vertreter*innen von Staat und Kapital das wissen, bauen sie – um Revolten und Aufstände im Ansatz zu verhindern –, ihren repressiven Handlungsspielraum aus. Sie wollen Menschen, die ihre Herrschaft in Frage stellen und die sich ihnen widersetzen, unterwerfen. Sie passen ihre Repressalien sehr genau den verschiedenen sozialen Milieus an, aus denen ihnen Widerstand droht. Solange sie sich nicht gezwungen sehen, alle Repressionsinstrumente auf einmal aus ihren Safes zu holen, tritt der Polizeistaat noch nicht offen zu Tage. Aber die Diktatur ist eine auf Abruf.

Den autoritären Staat haben wir bereits, der Übergang in den Polizeistaat ist inzwischen ohne Legitimationsbruch jederzeit und auch zeitweise möglich und wird auch geprobt wie zum Beispiel beim G20-Gipfel 2017 in Hamburg. Oder bei den Razzien in mehreren Bundesländern Anfang November 2023 mit Hausdurchsuchungen bei Menschen, die am 1. Mai 2023 in Gera während einer Gegendemonstration gegen einen Naziaufmarsch von der Polizei eingekesselt worden waren. Der Nährboden für die Faschisierung staatlichen Handelns ist geschaffen, der gesellschaftliche Rechtsrutsch ist Teil davon. Der bürgerliche Rechtsstaat wird in großen Teilen zum bürgerlichen Willkürstaat, der die Interessen der reaktionären bis faschistoiden autoritären Seilschaften im Staat durchsetzt. Damit ist der theoretische Ansatz widerlegt, der behauptet, die liberale bürgerliche Demokratie sei der optimale Überbau für das kapitalistische Wirtschaften. Das galt nur mit Widersprüchen in bestimmten Phasen der kapitalistischen Entwicklung. Die Regierungen bauen die Repressionsorgane so aus, dass der autoritäre Staat jederzeit ohne Legitimationsbruch in den Polizeistaat übergehen kann, wenn die ökonomische Krise und oder der politische Widerstand der Lohnabhängigen dies erforderlich erscheinen lässt. Heute ist in der EU, aber auch weltweit die vorherrschende Form des bürgerlichen Staates der autoritäre Staat mit der Tendenz zum Polizeistaat.

Auf EU-Ebene tritt die sogenannte Grenzschutzagentur Frontex die Menschenrechte mit Füßen. Ihre Aufgabe ist es, das in der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannte Recht, aus lebensbedrohenden Verhältnissen zu fliehen, durch den sogenannten »Schutz« der EU-Außengrenzen auszuschalten, besonders tödlich zurzeit im Mittelmeer.

Auch wenn ein Teil der Bourgeoisie für die Durchlässigkeit der Grenzen und für die Aufnahme von Geflüchteten eintritt, die als Arbeitskräfte in den Verwertungsprozess des Kapitals eingegliedert werden können bzw. sollen, ist die Haupttendenz die Abschottung gegen die Zuwanderung. Aufgrund der sozialen Verelendung und der wachsenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Auswirkungen der Klimakatastrophe, die durch das kapitalistische Wirtschaften bedingt sind, wächst der Druck auf viele Menschen, sich durch die Migration in ein wenigstens etwas besseres Leben in die Zentren des Kapitalismus retten zu wollen.

Sie treffen auf eine Situation, in der ein nicht kleiner Teil der von Abstiegsängsten getriebenen Mittelschicht zunehmend verroht, wie die Heitmeyer-Studie belegt. Das kulturell

tendenziell noch verankerte Mitgefühl für Menschen, denen es schlechter geht, weicht einer sozialen Kälte, die durch Gleichgültigkeit, Rücksichtslosigkeit und fortschreitende Brutalisierung geprägt ist. Die Corona-Querfront, rechte Verschwörungsideolog*innen, waren im Jahr 2020 ein Beispiel dafür. An Werte wie Solidarität, die früher in der Facharbeiter*innenschaft mindestens im gewerkschaftlichen Zusammenhang noch eine Rolle spielte, ist fast gar nicht mehr zu denken.

Anfang Juni 2023 starteten die EU-Innenminister*innen einen weiteren rassistischen Frontalangriff auf das Recht auf Asyl im kapitalistischen Zentrum EU-Europa.

Sie verabredeten eine drastische Einschränkung des Asylrechts, indem sie das sogenannte »Gemeinsame europäisches Asylsystem (Geas)« weiter massiv verschärfen wollen. Dies ist nichts anderes als eine Abkehr des kapitalistischen Zentrums EU-Europa von den Grundsätzen der Genfer Flüchtlingskonvention und die Verletzung elementarer universeller Menschenrechte. Es ist ein Ergebnis der zu beobachtenden, sich immer weiter fortsetzenden weltweiten Rechtsverschiebung in bürgerlichen Demokratien und generell hin zu autoritären und diktatorischen Regierungsformen.

Geflüchtete, die Asyl suchen, dürfen den Boden der EU möglichst gar nicht mehr erst betreten. Rechtsstaatliche Verfahren werden unmöglich gemacht durch Asylverfahren in Lagern an den Außengrenzen EU-Europas. Geflüchtete einschließlich von Kindern sollen in Abschiebehaftlagern eingesperrt werden. Sie sind eine Art Straflager (»Haftzentren«) für Geflüchtete. Damit möglichst niemand mehr auf der Suche nach Schutz in die EU gelangen kann, gibt es die schon davor beschlossene verstärkte Befestigung der Grenzen durch Frontex und u. a. Zäune, Kameras, Überwachung der Grenzen.

Dies dient auch der Abschreckung als Prinzip der »Geflüchtetenabwehr«, zu dem auch das Ertrinkenlassen Geflüchteter im Mittelmeer bis hin zur Außerkraftsetzung der Pflicht zur Seenotrettung gehört.

Die deutsche SPD/Grüne/FDP-Bundesregierung lässt sich von der faschistoiden autoritären italienischen Regierung unter Führung einer Faschistin mit bürgerlicher Fassade vor sich hertreiben. Sie streicht die finanzielle Unterstützung für die Seenotrettung, weil die faschistoide autoritäre italienische Regierung das will. Sonst hätte diese verlangt, dass Deutschland die geretteten Geflüchteten selbst aufnimmt. Das will aber die deutsche Regierung nicht. Sozusagen ganz regierungsoffiziell sollen die Geflüchteten dann lieber ertrinken.

Die systematische unterlassene Hilfeleistung bis hin zu Push-Backs ist Mord. Die Ursache der Flucht auf Schrottschiffen ist die Abschottungspolitik der Festung EU-Europa. Denn wenn ein Schiff an der Küste ankommt, ist es für die Schleuser*innen verloren. Daher verwenden sie die schrottreifen Schiffe und lassen die Geflüchteten oftmals schon weit vor der rettenden Küste allein. Die Geflüchteten setzen sich den Gefahren dieser Überfahrten über das Meer aus, um auf legalen Wegen ein Asylverfahren in Anspruch zu nehmen. Die EU-europäischen Regierungen wollen dies mit neuen Gesetzen verunmöglichen.

Auch im Inneren soll die Rechtsstaatlichkeit bei Asylanträgen weiter zerstört werden. Die »Bundesministerin des Innern und für Heimat« Nancy Faeser von der SPD hat dazu Anfang August 2023 einen Diskussionsentwurf vorgelegt.¹⁸ Immer wieder äußert sie sich begeistert, wenn es gelingt, dass die EU gemeinsame Gesetze verabschiedet, die für Geflüchtete tödlich sind.

Damit einher geht die Einschränkung und Relativierung des grundlegenden Menschenrechts auf Freizügigkeit. EU-Europa, die angebliche Verteidigerin der demokratischen Menschenrechte, befindet sich im Rechtsrutsch.

Der Begriff Demokratie macht einen Bedeutungswandel durch und wird nicht verstanden gleichbedeutend mit liberaler Demokratie.

Die grausamen Entscheidungen der Regierenden finden ihre mörderische Entsprechung in der Bevölkerung, wenn Faschist*innen Geflüchtetenunterkünfte überfallen oder abbrennen.

Innerhalb des kapitalistischen Zentrums EU-Europa werden faschistoide autoritäre Regierungen zunehmend tonangebend. Den Zeitpunkt, mit dem Instrument der »Rechtsstaatlichkeitsverfahren« gegen die Regierungen in Ungarn und Polen vorzugehen, haben die übrigen Regierungen verstreichen lassen. Inzwischen gibt es mehrere faschistoide autoritäre Regierungen, die jederzeit ein Veto einlegen können, wenn es auf EU-Ebene den Versuch geben sollte, gegen ein anderes faschistoid autoritär regiertes EU- europäisches Land ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren einzuleiten. Die deutsche SPD/Grüne/FDP-Regierung hat generell kein Problem damit, mit der italienischen Ministerpräsidentin, der Faschistin Giorgia Meloni, eng zu kooperieren.

Die EU funktioniert als Kitt zwischen (noch) bürgerlichen und bereits faschistoiden autoritären Regierungen. Ein klar antifaschistisches Selbstverständnis gibt es nicht in der EU. Die bürgerlichen Regierungen in der EU tolerieren es, dass Faschist*innen in anderen EU-Ländern mit an der Regierung sind. Der länderübergreifende ökonomische Zusammenhalt im kapitalistischen Großwirtschaftsraum und die kapitalistischen Verwertungsinteressen stehen im Vordergrund. Das macht zwangsläufig faschistoide autoritäre Regierungen hoffähig. Hinzu kommt, dass die bürgerlich-konservativen Parteien zunehmend selbst nach rechts rücken.

Der Zerfall der USA als hegemoniale Weltmacht aufgrund der innerimperialistischen Konkurrenz insbesondere zu China bildet die ökonomische Basis für die antidemokratischen Entwicklungen im politischen Überbau.

Die ökonomische aufstrebende Volksrepublik China gilt mit der Regierungsform des autoritären Staates den Herrschenden in den kapitalistischen Zentren zunehmend als Vorbild für Effizienz und Handlungsfähigkeit einer Regierung. Einzelne Regierungen werden in ihrer Funktion als Ordnungsmacht gemessen an ihrer Durchsetzungskraft gegenüber den Lohnabhängigen und bezüglich der Innovationskraft der nationalen Wirtschaft.

Die Regierungen der BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika haben das Ziel, mit einer engen Zusammenarbeit bis hin zu einem möglichen Zusammenschluss in einem Großwirtschaftsraum eine politökonomische Gegenmacht aufzubauen. Der brasilianische Präsident Lula strebt nach einer engen Anbindung an China, um ein machtvolleres Bündnis schaffen zu können, das ein Gegengewicht zu den etablierten kapitalistischen Zentren USA, EU-Europa und Japan ist.

Immer mehr Staaten stellen die universelle, weltweite Gültigkeit der Menschenrechte in Frage und weltweit gesehen ist die Herrschaftsform des autoritären Staates vorherrschend.

Angesichts der weltweiten Situation der Faschisierung autoritärer Regime stellt sich die Frage, ob der Faschismus mittel- bis langfristig überhaupt noch Raum für andere kapitalistische Herrschaftsformen lässt?

Denn Kapitalismus ist die Krise in Permanenz und staatliches Durchgreifen im Interesse des Kapitals erscheint als erfolgsversprechende Lösung.

Die Parteien, die regieren wollen, müssen ihr politisches Handeln dem Diktat des Kapitals, der Verwertungslogik und dem ungebremsten Prinzip der Profitmaximierung unterwerfen. Auf dem Weg, den sie im Interesse des Kapitals beschreiten, muss und wird es soziale und ökologische Verwerfungen größeren Ausmaßes geben. Angesichts dessen verlangt die Profitmaximierung einen ideellen Gesamtkapitalisten, der über alle Instrumentarien verfügt, die Verwertungsbedingungen mit aller Gewalt durchzusetzen bzw. aufrechtzuerhalten.

So wird besonders in Großbritannien, aber auch in Deutschland das Demonstrationsrecht bis zur Unkenntlichkeit eingeschränkt. Der Staat entscheidet, welche Demonstration erlaubt ist, und welche nicht, und wie sie aussehen darf. Dazu gehören Vermummungsverbote und ein Uniformierungsverbot, also das Verbot, in einheitlicher Kleidung aufzutreten.

Das Bürger*innentum proklamierte die bürgerlichen Freiheiten, um sich selbst aus der Abhängigkeit vom Adel zu befreien. Die Ansprüche aus den bürgerlichen Freiheiten gingen über die materiellen Interessen des Bürger*innentums hinaus. Die Freiheitsversprechen, die auch für die Befreiung der Lohnabhängigen gelten müssten, sollten zwar nur der eigenen Befreiung der Bourgeoisie vom Adel Nachdruck verleihen und einem temporären Bündnis mit der Unterschicht und dem Proletariat dienen, und blieben daher weitgehend uneingelöst. Dennoch blieben sie unvergessen und befördern auch den Klassenkampf der Lohnabhängigen, die in ihren Kämpfen Freiheitselemente erkämpfen konnten und können, auch wenn diese im permanenten Klassenkampf immer wieder verloren gehen können.

Den kapitalistischen Zentren war es im Lauf der 20. Jahrhunderts gelungen einen weltweiten Kapitalismus zu schaffen. Der Weltmarkt stellt ein komplexes auf sich selbst bezogenes System dar mit vielen Abhängigkeiten zwischen kapitalistischen Zentren und kapitalistischer Peripherie. Ideologisch wurde dies flankiert von den Werten der Demokratie und Weltoffenheit. Diese Ideologie geht immer einher mit der Auswirkung der Ausbeutung von Menschen und der Zerstörung der Natur.

Tatsächlich wird alles unterdrückt, was die kapitalistische Verwertung gefährdet. Das höchste Niveau kapitalistischer Unterdrückung findet seinen Ausdruck in der faschistischen Herrschaftsform.

Die Welt fällt auseinander in für die etablierten Teile der Bevölkerung noch halbwegs geschützten Regionen der kapitalistischen Zentren und die kapitalistische Peripherie, in der Ausbeutung, Unterdrückung, Hunger und Tod und die Schutzlosigkeit vor den Folgen der von der kapitalistischen Produktionsweise verursachten Klimakatastrophe das Leben der Menschen bestimmen.

Einen »Platz an der Sonne« verdient zu haben ist eine Prämisse des deutschen Kolonialismus, mit dem der Ausbeutungsanspruch fremden Ländern und deren Bevölkerungen gegenüber formuliert wurde. Im rassistischen Weltbild werden die rassistisch Unterdrückten und Ausgebeuteten nicht als Subjekte, sondern als die bevorzugten Objekte der Ausbeutung

wahrgenommen bzw. eingestuft verbunden mit einer aggressiven Verweigerung der Teilhabe am materiellen Reichtum und an der Gewährung von Menschenrechten.

So gibt es eine Verbindungslinie vom Kolonialismus zum Rechtsrutsch der bürgerlichen Demokratien.

Rassismus ist eine Form der Ausgrenzung von Menschen, die es als Herrschaftsinstrument schon vor der Entwicklung des Kapitalismus gegeben hat und die während der ursprünglichen Akkumulation grundlegend für die Herausbildung des Kapitalismus wurde. Frühere Formen von Herrschaft, soweit sie für Ausbeutung und Kapitalverwertung nutzbar waren, wurden in den Kapitalismus aufgenommen und ihm angepasst. Der Zweck des Rassismus ist die besondere, verschärfte Ausbeutung derer, die auf Basis unterschiedlicher rassistischer Konstruktionen als »anders« und »minderwertig« eingestuft werden. Rassismus entwertet große Menschengruppen. Hinter ihm steckt grundsätzlich das Interesse an ökonomischer Ausbeutung. »Rasse« ist eine ideologische Konstruktion, die mit Klasse als ökonomischem Tatbestand verbunden ist.

Heute ist das Herrschaftsinstrument des Rassismus, das älter ist als der Kapitalismus selbst, untrennbar mit ihm verwoben und in ihn als wesentlicher Bestandteil integriert. Die herrschende Klasse schürte und schürt gezielt Vorurteile und speiste den Rassismus in der Bevölkerung, so dass er die ganze Gesellschaft durchzieht. Es gibt keinen Rassismus, der nicht in die Strukturen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse eingewoben ist. Rassismus im Kapitalismus ist immer auch struktureller Rassismus. Die ideologische Konstruktion Rassismus ist über Jahrhunderte wesentlicher Bestandteil der kapitalistischen Klassengesellschaft geworden. Dabei änderten sich seine Erscheinungsformen. Antirassistischer Widerstand und Alltagskämpfe können ihn manchmal zurückdrängen, aber der Rassismus kann nicht losgelöst von der Klassengesellschaft beseitigt werden.

Der objektiv vorhandene strukturelle Rassismus findet im Bewusstsein der Menschen konkrete Ausdrucksformen, die subjektiv unterschiedlich sein können. Das Bewusstsein der Menschen ist geprägt davon wie Staat, Kapital, Repressionsorgane, Bildungseinrichtungen usw. handeln, wie die Medien berichten und Zusammenhänge darstellen und wie sie Hierarchien ideologisch bestätigen. Kapitalistische Herrschaft ist auch darauf ausgerichtet, rassistische Ausgrenzungsmechanismen zu stärken. Eine Gesellschaft, deren Wirtschaften auf Ausbeutung basiert, braucht letztlich den Rassismus, um die Klasse der Lohnabhängigen in den kapitalistischen Zentren zu spalten und um gleichzeitig verschärfte Ausbeutungsbedingungen an der kapitalistischen Peripherie aufrechtzuerhalten. Das geschieht unabhängig davon, dass die Herrschenden, weil sie vorgeben humanistischen Werten verpflichtet zu sein, gelegentlich so tun müssen als bekämpften sie Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung und faschistische Entwicklungen, vor allem dann, wenn es politischen Druck durch Kämpfe von unten gibt.

Aufgrund der internationalen Arbeitsteilung werden Menschen, die außerhalb der Grenzen der kapitalistischen Zentren leben besonders stark ausgebeutet. Aber auch innerhalb der Landesgrenzen kann die Ungleichbehandlung und Diskriminierung der migrantischen Arbeitskräfte durch rassistische Strukturen und das durch sie bestimmte Denken auf Dauer aufrechterhalten werden, sofern es keine Kämpfe gibt, die den Rassismus zurückdrängen.

Die Festung EU-Europa dient der Aufrechterhaltung der Ausbeutungsordnung. Beispielsweise erscheint die Forderung nach offenen Grenzen der überwiegenden Mehrheit der Menschen in den kapitalistischen Zentren als nicht umsetzbar, weil sie ja ahnen oder wissen,

dass sie in der internationalen Arbeitsteilung von der Ausbeutung der kapitalistischen Peripherie profitieren. Auch diese Ahnung speist die Kälte und Gleichgültigkeit in den europäischen Gesellschaften gegenüber jenen Menschen, die das Kapital, die EU/Frontex und Deutschland im Mittelmeer ertrinken lassen oder in Hungerregionen, Folterlager oder Kriege zurückschicken, deren Ursachen allzu oft in EU-Europa liegen.

Die Abschaffung des Asylrechts steht im Zusammenhang mit dem Kolonialismus und der jahrhundertelange Ausbeutung der kapitalistischen Peripherie. Der Trikont, die drei unterentwickelt gehaltenen Kontinente Afrika, Lateinamerika und Asien, war Objekt der ursprünglichen Akkumulation und seine Ausbeutung war ein wesentliches und notwendiges Element für die Entstehung des Kapitalismus. Dieser tiefe Graben wirkt bis heute fort. Bisher ist es nur aufgrund von Sonderbedingungen der Volksrepublik China gelungen, selbst Subjekt eines imperialistischen Kapitalismus zu werden.

In den kapitalistischen Zentren ist Rassismus Teil der kapitalistischen Lohnrückerei und dient der Spaltung der Klasse der Lohnabhängigen. Auf dem Arbeitsmarkt herrscht eine rassistische Jobhierarchie, in der Black People und People of Colour benachteiligt werden. Der Rassismus ist innerhalb des Kapitalismus nicht ausrottbar, er kann nicht unabhängig von Klasse und Ausbeutung bzw. der dadurch bestimmten Klassengesellschaft abgeschafft werden. Innerhalb des Kapitalismus kann mensch nur Notwehr- und Abwehrkämpfe führen. Es sind aber notwendige Kämpfe, die den Rassismus zurückdrängen können und ihn im besten Fall gesellschaftlich und juristisch ächten.

Mit der kapitalistischen Entwicklung wurde es selbstverständlich, dass die europäischen Eroberer (Frauen eroberten meist nicht selbst, unterstützten und profitierten aber) Menschen, denen sie außerhalb der kapitalistischen Nationenbildung begegneten, grundsätzlich rassistisch abwerteten, egal wo sie waren und wie der konkrete Entwicklungsstand der vorgefundenen gesellschaftlichen Verhältnisse war.

Nach dem von Befreiungsbewegungen erkämpften offiziellen Ende des Kolonialismus gelang es den Regierungen im Zusammenwirken mit dem Kapital die ausbeuterischen Verhältnisse durch die ökonomische Durchdringung und Abhängigkeitsverhältnisse zu verfestigen.

Eine antirassistische politische Praxis muss auch darin bestehen, die Alltagskämpfe gegen rassistische Diskriminierung, Ausbeutung und Ausgrenzung zu unterstützen, auch wenn diese innerhalb des Kapitalismus lediglich zu partiellen Verbesserungen oder der Abwehr von rassistischen Angriffen dienen, und den Rassismus selbst nicht besiegen können.

Bei der Ausbeutung von für die Energiewende notwendigen Rohstoffen führen wieder imperialistische Strategien der kapitalistischen Zentren dazu, dass eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von der kapitalistischen Peripherie in die Zentren stattfindet. In neokolonialistischer Manier werden die Abbaugelände in Wert gesetzt und die Natur vor Ort rücksichtslos zerstört, damit die so gewonnenen Rohstoffe in den kapitalistischen Zentren der Energiewende und im besten Fall der Reduktion des Ausstoßes von klimazerstörenden Treibhausgasen dienen können.

Frage: was tun?

Die Frage der Organisierung der (radikalen) Linken bis hin zu einer klugen Militanz, die nicht militaristisch ist, müsste ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Dass nichts geschieht

gleich einer Schockstarre, deren Grundlage eine Mischung aus Angst, falsch verstandener Gewaltfreiheit und Mittelschichtserziehung zur Konfliktunfähigkeit ist.

Solidarität, solidarisch sein und solidarisch handeln muss als Wert hochgehalten und eingefordert werden. Mit der Beteiligung an sozialen Bewegungen ist es möglich, Anknüpfungspunkte für solidarische, antifaschistische, antiautoritäre, antirassistische, antisexistische, gegen jeden Antisemitismus gerichtete und antikapitalistische Positionen zu finden. Antifaschistische Gruppen und Aktionen müssen unterstützt werden. Auch Aktionen gegen die zunehmende Repression, die die Spielräume für emanzipatorischen Widerstand immer stärker einschränkt, sind besonders wichtig. Geschieht das nicht, wird den Rechtsradikalen das Feld überlassen. Menschenfeindlichkeit muss überall, wo sie auftritt als solche klar gekennzeichnet werden.

Letztlich kann der Kampf für die Würde *aller* Menschen, gegen strukturellen Rassismus und die faschistische Entwicklung nur mit der Abschaffung des Kapitalismus und der Durchsetzung aller, d. h. sozialer und demokratischer Menschenrechte gewonnen werden. Der antirassistische und antifaschistische Kampf ist in der BRD nicht so zugespitzt, dass es zu Aufständen kommt oder kommen kann. Mit der Kritik der Polizeistrukturen und der Kritik der rassistischen Strukturen in anderen staatlichen Institutionen müssen wir den Rassismus kenntlich machen und damit die Diskriminierung zurückdrängen. Der Rassismus ist aber nur eine spezielle Form der Diskriminierung. In Krisensituationen nimmt die diskriminierende Praxis, in deren Folge sich abwertende Zuschreibungen verstärken, tendenziell zu. Verschiedene Kämpfe gegen Diskriminierung wie die Kämpfe gegen Antisemitismus, gegen Sexismus, gegen die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung müssen zusammengeführt und verbunden werden mit dem Kampf gegen alle Formen der Ausbeutung und Herrschaft sowie gegen die Zerstörung der heutigen Naturgrundlagen. Dieser Kampf kann nur ein antikapitalistischer Kampf sein. Im Moment ist es vor allem eine den Faschist*innen gegenüber unversöhnliche Gegenöffentlichkeit, die notwendig ist:
Keinen Fußbreit dem Faschismus!

**Beitrag für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken
am 2./3. Dezember 2023 in Köln**